



tirol

77. Jahrgang / Oktober 2004

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

-
- | | |
|---|--|
| <p>36. <i>GemNova.net – die neue Plattform für Tiroler und Südtiroler Gemeinden</i></p> <p>37. <i>Ein wichtiger Hinweis zur Ausschreibung von Verhandlungen</i></p> <p>38. <i>Buchhinweis: „Historische Dokumentation der Kirche der Diözese Innsbruck“</i></p> | <p>39. <i>Vorschreibung einer Wasseranschlussgebühr</i></p> <p><i>Verbraucherpreisindex für August 2004 (vorläufiges Ergebnis)</i></p> |
|---|--|
-

36.

GemNova.net – die neue Plattform für Tiroler und Südtiroler Gemeinden

Seit Jänner 2004 entsteht ein überregionales Netzwerk, auf dessen Basis Gemeinden aus Tirol und Südtirol gemeinsam innovative Lösungen entwickeln bzw. an innovativen Lösungen grenzüberschreitend teilhaben. Die Projektanstoßfinanzierung erfolgt über Fördergelder der EU und der beiden Länder Tirol und Südtirol im Rahmen des INTERREG IIIa Programmes. Konzipiert und umgesetzt wird dieses Netzwerk vom Zentrum für Verwaltungsmanagement der Universität Innsbruck und von der Europäischen Akademie Bozen. Ausgehend von einer Kooperation zwischen ausgewählten, innovationsfreudigen Gemeinden, soll mit fortschreitender Entwicklung ein überregionales Netzwerk für alle Tiroler und Südtiroler Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Entsprechend der Grundphilosophie entstehen für die Benutzung der GemNova.net-Plattform keine Kosten.

Ziel von GemNova.net

- Die Leistungsfähigkeit der Gemeinden durch die Bereitstellung von Fachwissen und praxiserprobten Problemlösungen im Rahmen einer Informations- bzw. Wissensplattform zu steigern
- Lernpartnerschaften zu verschiedenen Modernisierungsfeldern zu initiieren

- Innovative Lösungen von gemeindespezifischen Aufgabenfeldern aufzubereiten und zu entwickeln
- Managementwissen und praktische Implementierungserfahrungen zu vernetzen
- Erfahrungen und Ergebnisse als Basis für Qualifizierungsmaßnahmen systematisch aufzubereiten
- Regionale und überregionale Kooperationen zwischen den Gemeinden zu fördern
- Eingeschlagene Reformwege zu evaluieren und Umsetzungsempfehlungen für die weitere und zukünftige Anwendung abzuleiten
- Neue Themen aufzubereiten und zu diskutieren

Nutzen von GemNova.net

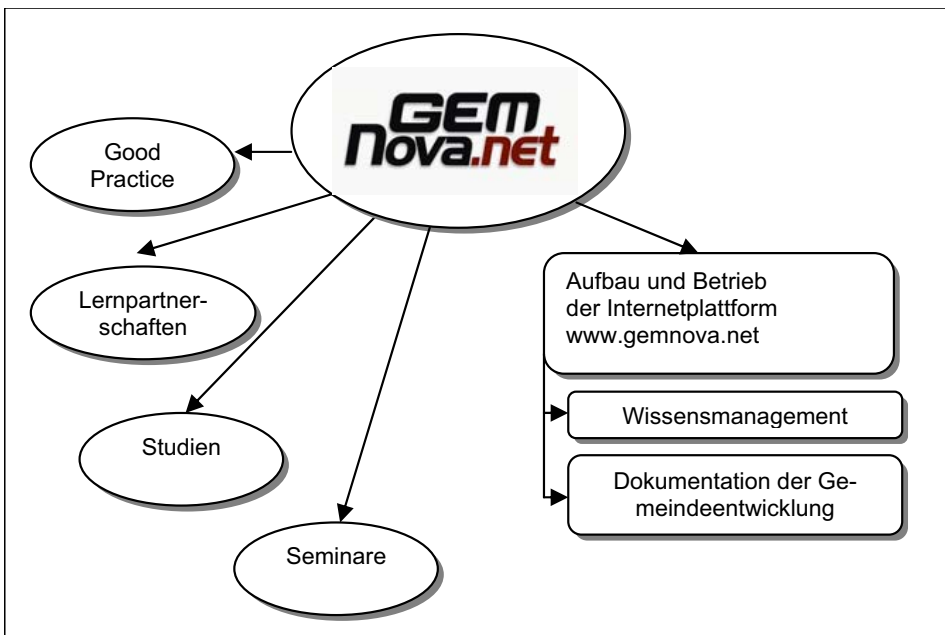
- Zugriff zu innovativen, praxiserprobten Lösungen
- Umsetzung erfolgserprobter Strategien durch das Wissen und die Erfahrung der GemNova.net-Partner
- Zeit- und Kostenersparnis bei der Suche nach Lösungen bzw. deren Umsetzung
- Das Rad muss nicht immer neu erfunden werden!
- Aktive Mitgestaltung an zukünftigen Veränderungen zur erfolgreichen Gemeindeentwicklung
- Intensivierung des Wissens- und Erfahrungsaustausches zwischen den Gemeinden



Grafik: Startseite der Plattform GemNova.net

Was bietet GemNova.net den Gemeinden?

Das Leistungsangebot von GemNova.net setzt sich aus drei wesentlichen Bestandteilen zusammen: Good-Practice-Beispiele, Lernpartnerschaften und wissenschaftliche Studien und Seminare.



Grafik: Leistungsangebot von GemNova.net

A) Good Practice Beispiele

Innovative Lösungen aus unterschiedlichen Gemeinden werden aufgezeigt, übersichtlich dargestellt und auf die Anwendung in anderen Gemeinden hin überprüft.

Nutzen:

- Erfahrungsbericht über ein praxiserprobtes, aus der Sicht der Gemeinde erfolgreich umgesetztes Projekt
- Ergebnisse der Umsetzung
- Ermittlung der kritischen Faktoren zur gezielten Fehlervermeidung
- Thematische Sensibilisierung und Argumentationshilfe zur Einführung in der eigenen Gemeinde
- Entscheidungsgrundlage und Umsetzungshilfe
- Zeit- und Kostenersparnis bei der Implementierung

B) Lernpartnerschaften

Gemeinsames „Lernen von den Besten“ und „zu den Besten“ gehören. GemNova.net organisiert den Lernprozess.

Nutzen:

- Gecoachtes Lernen
- Unterstützung eines kommunalen Vorreiters
- Organisation von Workshops, Impulsreferate, Moderation und Ergebnissicherung
- Projektcontrolling (Planung der Ressourcen, Setzen von Meilensteinen, Zeitmanagement etc.)
- Kommunikationsaustausch
- Schaffung eines gemeinsamen Projektverständnisses
- Transparenz über erfolgreiche Lösungswege
- Nutzung von Synergien

C) Wissenschaftliche Studien und Seminare

Durch die enge Zusammenarbeit mit der Universität Innsbruck und der Europäischen Akademie Bozen gelingt es, aktuelle Themen aufzuarbeiten und in die Gemeindepraxis einzuführen. Ist-Situationen werden analysiert und neue Lösungen aufgezeigt. GemNova.net will mit innovativen Ansätzen für neue Herausforderungen und Sichtweisen sensibilisieren.

Nutzen:

- Darstellung der Ist-Situation
- Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Gemeinden
- Internationale Lösungen und Erfahrungen
- Analysen zu gemeindespezifischen Entwicklungsmöglichkeiten
- Entscheidungshilfe für zukünftige Weichenstellungen

Veröffentlichungen auf GemNova.net

Derzeit sind bereits folgende Themen auf

www.gemnova.net

veröffentlicht:

- „Abfallmanagement in Gemeinden“
- „E-Government“
- „Kommunales Management in Österreich“

- „Leistungsorientierte Steuerung“ (Brixlegg)
- „Reorganisation nach EFQM“ (Bozen)
- „Neue Haushaltsprogrammierung“ (Bruneck)
- „Bürgerservice“ (Hopfgarten)
- „Organisations- und Entwicklungsprozess“ (Innsbruck)
- „Bürgerbeteiligung und Bürgernähe“ (Naturns)
- „EU-Ausschreibung Architektenwettbewerb“ (Wattens)

Auftaktveranstaltung

Am 7. September 2004 wurde in der „Conference Hall“ der Europäischen Akademie in Bozen GemNova.net im Rahmen der Tagung „Leitlinien der kommunalen Verwaltungsentwicklung“ erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Veranstaltung stieß auf große Resonanz von Seiten der Presse und der Besucher (Rückblick, Bilder und Pressespiegel finden Sie auf www.gemnova.net). Mit der Auftaktveranstaltung in Südtirol wurde das Ziel verfolgt, vermehrt Südtiroler Gemeinden für GemNova.net zu gewinnen.

Welche Gemeinden sind bei GemNova.net beteiligt?

Derzeit sind 33 Tiroler und Südtiroler Gemeinden beteiligt: Bozen, Brixen, Brixlegg, Bruneck, Ebbs, Eppan, Fliess, Galtür, Hopfgarten i Br., Imst, Innsbruck, Jenbach, Karneid, Kirchbichl, Kundl, Lajen, Lana, Landeck, Mayrhofen, Meran, Naturns, Ötz, Prutz, Rum, St. Anton, St. Johann, Schlanders, Schwaz, Steinach am Brenner, Telfs, Vomp, Wattens und Wörgl. Es ist geplant, diese Anzahl laufend zu erhöhen.

Projektmanagement von GemNova.net

Universität Innsbruck – Zentrum für Management, Universitätsstraße 15, A-6020 Innsbruck
Europäische Akademie Bozen – Public Management, Drususallee 1, I-39100 Bozen

Partner

Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung für Gemeindeangelegenheiten, Eduard Wallnöfer Platz 3, 6020 Innsbruck

Institut für Management, Meinhardstraße 6, 6020 Innsbruck

Tiroler Gemeindeverband, Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck

Südtiroler Landesverwaltung, Landhaus 1, Crispistraße 3, I-39100 Bozen

Kontakt

Universität Innsbruck
Projektkoordination: Mag. Markus Bodemann
Tel. 0512 572464-17
Fax 0512 572464-19
Email: office@gemnova.net
<http://www.gemnova.net>

37.

Ein wichtiger Hinweis zur Ausschreibung von Verhandlungen

Der § 42 Abs. 1 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG, BGBl. Nr. 51/1991, lautet seit der Novelle BGBl. I Nr. 158/1998, in Kraft getreten mit 1. Jänner 1999, wie folgt:

„Wurde eine mündliche Verhandlung gemäß § 41 Abs. 1 zweiter Satz und in einer in den Verwaltungsvorschriften vorgesehenen besonderen Form kundgemacht, so hat dies zur Folge, dass eine Person **ihre Stellung als Partei verliert**, soweit sie nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde oder während der Verhandlung Einwendungen erhebt; § 13 Abs. 5 zweiter Satz ist nicht anwendbar. Wenn die Verwaltungsvorschriften über die Form der Kundmachung nichts bestimmen, so tritt die im ersten Satz bezeichnete Rechtsfolge ein, wenn die mündliche Verhandlung gemäß § 41 Abs. 1 zweiter Satz und in geeigneter Form kundgemacht wurde. Eine Kundmachungsform ist geeignet, wenn sie sicherstellt, dass ein Beteiligter von der Anberaumung der Verhandlung voraussichtlich Kenntnis erlangt.“

Der Verwaltungsgerichtshof hat bereits in mehreren Erkenntnissen (vom 22. Mai 2001, Zl. 2000/05/0271, vom 23. Mai 2001, Zl. 2000/06/0056, vom 31. Jänner 2002, Zl. 2000/06/0096) ausgesprochen, dass ein Verlust der Parteistellung nach § 42 AVG dann **nicht** eintreten kann, wenn in der Verständigung (Kundmachung) über die Anberaumung der Verhandlung entgegen § 41 Abs. 2 zweiter Satz AVG nicht auf diese im § 42 AVG vorgesehene Rechtsfolge verwiesen wird.

Der Verwaltungsgerichtshof geht also davon aus, dass die Parteistellung erhalten bleibt, wenn in der Verständigung über die Anberaumung der Verhandlung ledig-

lich ein Verweis auf § 42 AVG i. d. F vor der Novelle BGBl. I Nr. 158/1998 und auf die dort vorgesehenen Rechtsfolgen enthalten ist.

Es kommt wiederholt vor, dass in Bauverfahren, in denen das AVG in der beschriebenen novellierten Fassung zur Anwendung kommt, in der Verständigung über die Anberaumung der Verhandlung auf die Zustimmungsfiktion hingewiesen wird. Dies hat zur Folge, dass Einwendungen, die nach der mündlichen Verhandlung eingebracht wurden, berücksichtigt werden müssen.

Damit der Verlust der Parteistellung nach § 42 AVG eintreten kann, ist es also unbedingt erforderlich, dass in der Verständigung (Kundmachung) darauf hingewiesen wird, dass eine Person **ihre Stellung als Partei verliert**, soweit sie nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde oder während der Verhandlung Einwendungen erhebt.

Es wird daher empfohlen, vor allem die in Verwendung befindlichen Formulare einer diesbezüglichen Überprüfung zu unterziehen, bzw. nicht mehr zu verwenden. Darüber hinaus wird auf die geltende Verwaltungsformularverordnung, BGBl. II 1999/508 verwiesen, wonach für die Handhabung der Verwaltungsverfahrensgesetze im Verfahren erster Instanz die Verwendung der Formulare festgesetzt wurde. Die jeweiligen Formulare sind im Internet unter der Adresse

<http://ris.bka.intra.gv.at/verwaltungsverfahren/verwaltungsformulare.html>

abrufbar, wobei für das Bauverfahren das Formular 7.2, Öffentliche Bekanntmachung einer mündlichen Verhandlung zu verwenden ist.

38.

Buchhinweis: „Historische Dokumentation der Kirche der Diözese Innsbruck“

HERKUNFT UND ZUKUNFT

Ohne Vorgabe der Tradition wird der Mensch leicht zum Spielball anonymer Mächte von rechts oder links. Wer seinen durch Herkunft und Tradition vermittelten Ort nicht kennt, kann sich auch nicht klar werden über den Ausgangspunkt seines Erfahrens und Denkens. Wer nicht weiß, woher er kommt und wo er eigentlich steht, weiß auch nicht, wohin er zielstrebig gehen soll. Men-

schen ohne geschichtliche Identität sind entwurzelt und stehen in Gefahr, unbewusst und unkritisch bei den Moden des „Man“ mit zu schwimmen ... (aus dem Geleitwort von Bischof Manfred Scheuer).

WOFÜR DIESE DOKUMENTATION

Im Bundesland Tirol decken sich territorial weitgehend kirchliche und kommunale Gemeinden, nur grö-

ßere Orte umfassen mehrere Pfarrgemeinden. Dies führt zur sozialen Wirklichkeit, dass die Bürger von Gemeinde und Pfarre die gleichen Menschen sind – in Geschichte und in Generation. Eine solche Beziehung wirkt sich verbindend und belebend auf die ganze Einwohnerschaft des Ortes aus, schlägt sich nieder in Festen und Feiern, in geprägtem Brauchtum, in Stiftung von Werten und Kultur ...

Diese Dokumentation versucht nun aufzuzeigen, wie sich in Geschichte und Gegenwart die Pfarren und Dekanate, Gemeinden und Regionen der Diözese in vielen gemeinsamen Spuren und Strängen entfaltet haben.

Diese Entwicklung zeigt auf, wie sehr durch diese Synergien das Bild der heutigen Diözese Innsbruck geprägt wurde:

siedlungsgeschichtlich in Orts- und Pfarrgründungen, in Kirchenbau und Patronaten,

im wachhaltenden Gedenken durch die Einrichtung von Kapellen und Friedhöfen,

sozialgeschichtlich in der Errichtung von Kindergärten, Schulen und Bildungsstätten,

kulturschöpferisch mit der Gründung von Häusern und Unternehmen in kirchlicher Trägerschaft ...

Diese Dokumentation ist ein umfassendes und unverzichtbares Nachschlagewerk über die Entwicklung der Kirche in der Diözese Innsbruck in Tirol

Der Autor – Dr. Udo Zeilinger – hat in Zusammenarbeit mit Pfarren, Gemeinden und anderen Einrichtungen diesen für die Diözese Innsbruck bisher einmaligen „Schematismus“ erstellt.

Das Buch schreibt gleichsam in Fakten und Daten die „Lebensgeschichte“ der Diözese Innsbruck nieder: von den „Bischofslisten“ aus der Zeit des Bistums Aquileia bis zum Sektor „Andere Bekenntnisse und Religionen in der Diözese heute“ wird ein eindrucksvoller Spannungsbogen geschlagen. Ein Buch für Historiker, Chronisten, Tyrolensien-Interessierte!

Buchbeschreibung:

Format 21,5 × 22,5 cm, 720 Seiten, Fadenheftung, Merkbänder, Hardcover, Einband vierfarbig, mit neuer Diözesankarte, CD-Rom, Gewicht 2000 g. – ISBN 3-9014-5065-0.

Erscheint Ende September 2004, Preis € 94,- (+ Versand)

Durch jede Buchhandlung!

39.

Vorschreibung einer Wasseranschlussgebühr

Der Verwaltungsgerichtshof hat sich in seinem Erkenntnis vom 15. Dezember 2003, Zahl 2003/17/0320, mit der Vorschreibung einer Wasseranschlussgebühr anknüpfend an die Schaffung einer neuen Wohneinheit im Bereich der bisherigen Tenne auseinandergesetzt. Er hat dabei folgende Überlegungen angestellt:

Mit Bescheid des Bürgermeisters der Gemeinde W vom 5. November 1999 wurde dem Beschwerdeführer die baubehördliche Bewilligung zum Ausbau des Ober- und Dachgeschosses eines auf seinem Grundstück errichteten Wohnhauses unter Nutzungsänderung der Tenne erteilt. In diesem Bescheid wird festgehalten, dass durch das gegenständliche Bauvorhaben zusätzlich zu der im Erd- und Obergeschoss bestehenden Wohneinheit eine weitere Wohneinheit geschaffen werde, die einen getrennten Zugang an der Ostseite erhalte.

Überdies werden in diesem Bescheid folgende Daten des Bauvorhabens genannt:

Gesamtausmaß des Bauplatzes: 181 m²

Ausmaß der Baumasse Bestand nach § 20 TBO: 977,99 m³

Baumasse Zubau nach § 20 TBO: 7,56 m³

Baumasse Nutzungsänderung nach § 20 TBO: 462,28 m³

Wohnnutzfläche – Wohnung 1 Bestand: 103 m²

Wohnnutzfläche - Wohnung 2 neu: 143,55 m²

Wohnnutzfläche - Gesamt: 246,55 m².

Weiters ist in diesem Bescheid festgehalten, dass die Wasserversorgung durch den Anschluss an die Gemeindegewässerleitung gegeben sei.

Aus Anlass der Erteilung dieser Baubewilligung schrieb der Bürgermeister der Gemeinde W dem Beschwerdeführer mit Bescheid vom 24. November 1999 die Wasseranschlussgebühr nach der Wasserleitungsgebührenordnung 1987 der Gemeinde W vor. Danach betrage die Anschlussgebühr je m³ umbautem Raum 15 S zuzüglich 10% Mehrwertsteuer; dies ergebe bei einem vom Beschwerdeführer an das Wasserleitungsnetz anzuschließenden Objekt von 469,84 m³ umbautem Raum 7.752,36 S (inklusive Umsatzsteuer).

Der Beschwerdeführer erhob Berufung, in der er insbesondere die Auffassung vertrat, eine Baumassenänderung sei nur im Ausmaß von 7,56 m³ erfolgt. Auch bei einem Zu- oder Umbau gebe es die Anschlussgebührenpflicht nur insoweit, als die neue Bemessungsgrundlage den Umfang der früheren übersteige. Da als Bemessungsgrundlage der frühere umbaute Raum heranzuziehen sei, dieser aber nur um 7,56 m³ umfangmäßig geändert worden sei, betrage die Anschlussgebühr (inklusive Umsatzsteuer) S 124,74. Überdies werde ein unmittelbarer Anschluss für die nur durch Umbau geschaffene Wohnung an das öffentliche Wasserleitungsnetz nicht errichtet, sodass auch aus diesem Grunde kein Anlass für die Vorschreibung einer Anschlussgebühr bestehe. Schließlich bedeute es eine Ungleichbehandlung, wenn die Beitragspflicht bereits mit Rechtskraft der Baubewilligung eintrete, wo ansonsten die Pflicht zur Entrichtung der Anschlussgebühr erst mit dem Zeitpunkt des tatsächlichen Anschlusses von Grundstücken an die Gemeindegewässerleitungsanlage entstehe.

Nach Ergehen einer Berufungsvorentscheidung vom 31. Jänner 2000 und eines dagegen gerichteten Vorlageantrages wies der Gemeindevorstand der Gemeinde W mit Bescheid vom 22. März 2000 die Berufung des Beschwerdeführers als unbegründet ab. Die Berufungsbehörde vertrat insbesondere die Auffassung, gemäß § 3 Abs. 4 der Wasserleitungsgebührenordnung der Gemeinde W seien Privatgaragen, landwirtschaftliche Wirtschaftsgebäude, wie Ställe, Scheunen, Maschinenräume, Garagen, sowie Holzschuppen, Gartenhäuschen und dgl. ohne jegliche sanitäre Anlagen von der Anschlussgebühr befreit. Die Gemeinde gehe davon aus, dass für Gebäude, die vor mehr als 50 Jahren errichtet worden seien, keine Wasseranschlussgebühr vorgeschrieben worden sei; diese Objekte würden jedoch insoweit gleich behandelt wie die übrigen, als angenommen werde, dass für den Bestand des Gebäudeteiles mit sanitären Anlagen keine Anschlussgebühr mehr zu entrichten sei, wohl aber für den Um- und Zubau, im Beschwerdefall also für die Baumasse im Ausmaß von 469,84 m³, welche durch den Umbau der Tenne zu Wohnzwecken entstanden sei.

Der Beschwerdeführer erhob Vorstellung, in welcher er neuerlich die Auffassung vertrat, es sei nur eine „Mehrkubatur durch den Zubau einer Gaupe im Ausmaß von 7,56 m³ geschaffen“ worden; „alle anderen mit dem genannten Baubescheid bewilligten Maßnahmen“ stellten „einen Umbau im Sinne des § 2 Z. 9 TBO dar“. Bei den vom Umbau betroffenen Räumlichkeiten habe es sich nicht um landwirtschaftlich genutzte Räume gehandelt, es seien dies vielmehr Räume gewesen, die seit 1950 dem Abstellen von Sachen, aber auch dem zeitweiligen Aufenthalt von Personen gedient hätten. Das gegenständliche Objekt unterliege dem Anschluss- und Benützungszwang im Sinne des § 2 der Wasserleitungsordnung der Gemeinde W, weil dieses Grundstück im erschließbaren Bereich der Wasserversorgungsanlage gelegen sei. Das Grundstück sei auch bereits an die Wasserversorgungsanlage angeschlossen, wobei der Wasserverbrauch durch Wasserzähler festgestellt werde. Nach § 8 der Wasserleitungsordnung sei jedoch kein Gebührenanspruch für den Fall der Erweiterung einer auf einem an die Wasserleitungsanlage angeschlossenen Grundstück befindlichen baulichen Anlage vorgesehen. Die Wasserleitungsgebührenordnung sehe für den Anschluss des Grundstückes zwar eine Anschlussgebühr vor, doch werde in § 2 der genannten Gebührenordnung für den Fall der Zu- und Umbauten und bei Wiederaufbau von abgetragenen Bauten eine Beitragspflicht insoweit beschränkt, als die neue Bemessungsgrundlage den Umfang der früheren übersteige. Im Übrigen verweist der Beschwerdeführer in seiner Vorstellung noch darauf, dass nach seiner Ansicht die Bauern „und nicht die Kleinhäusler“ die Leistungen für die vormals errichtete Trinkwasserversorgungsanlage durch „Robotschichten“ und Barbeträge erbracht hätten. Daraus sei abzuleiten, dass auch die der Landwirtschaft damals dienenden „Kubaturen“ das Anschlussrecht erhalten hätten. § 3 Abs. 4 der Wasserleitungsgebührenordnung sei daher auf einen derartigen „Uraltbestand“ nicht anzuwenden.

Mit Bescheid der belangten Behörde vom 8. Juni 2000 wurde die Vorstellung als unbegründet abgewiesen. Begründend führte die belangte Behörde aus, durch das Bauvorhaben sollte zu der im Erd- und Obergeschoss bestehenden Wohneinheit eine weitere Wohneinheit mit einem getrennten Zu-

gang geschaffen werden. Nach Abtragung des Dachstuhls und eines wesentlichen Teils der Tenne seien wiederum auf der gleichen Lage neue Wände aufgezogen und der Dachstuhl neu erstellt worden. Dadurch sei – wie näher dargelegt wird – die Baumasse durch einen Zubau um 7,56 m³ erweitert worden, wobei die Baumasse der Nutzungsänderung 462,28 m³ betragen habe. Basierend auf diesem Baubescheid sei die Wasseranschlussgebühr entsprechend der Wasserleitungsgebührenordnung vorgeschrieben worden. Das vorliegende Gebäude bilde einen Altbestand, für den noch keine Wasseranschlussgebühren bezahlt worden seien. Durch die erfolgten Umbauarbeiten entstehe eine neue Wohnung, wodurch es zu einem erhöhten Wasserverbrauch komme; die Gemeinde sei sohin verpflichtet, Wasser zur Versorgung dieser neuen Wohneinheit vorrätig zu halten. Zur Abgeltung dieser Leistungen sei die Vorschreibung der Anschlussgebühr gedacht. Vor dem Umbau sei die vorliegende „Kubatur“ nicht zu Wohnzwecken genutzt gewesen; in ihr hätten sich keine Bäder und WC-Anlagen befunden, was sich insoferne auf die Leistungsverpflichtung der Gemeinde ausgewirkt habe.

Gegen diesen Bescheid richtet sich die vorliegende Beschwerde vor dem Verwaltungsgerichtshof. Der Beschwerdeführer erachtet sich in seinem Recht verletzt, „eine Erweiterungsgebühr nur im Umfang der Mehrkubatur durch den Zubau einer Gaupe im Ausmaß von 7,56 m³ vorgeschrieben zu erhalten sowie zur Entrichtung der Erweiterungsgebühr erst mit Anschluss der Erweiterungsanlage an die bestehende Gemeindewasserleitung verpflichtet zu werden“. Der Beschwerdeführer macht Rechtswidrigkeit des Inhaltes und Rechtswidrigkeit infolge Verletzung von Verfahrensvorschriften mit dem Antrag geltend, den angefochtenen Bescheid aus diesen Gründen aufzuheben.

Die belangte Behörde legte die Akten des Verwaltungsverfahrens vor und erstattete eine Gegenschrift mit dem Antrag, die Beschwerde als unbegründet abzuweisen. Die Gemeinde W hat sich im Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof nicht geäußert.

Der Beschwerdeführer hat eine Replik zur Gegenschrift erstatet.

Der Verwaltungsgerichtshof hat mit Beschluss vom 21. Mai 2001 an den Verfassungsgerichtshof den Antrag gestellt,

a) im § 2 Z. 1 Abs. 2 der Wasserleitungsgebührenordnung des Gemeinderates der Gemeinde W vom 12. Dezember 1986 die Wortfolge „Zu- und Umbauten und bei“,

b) in eventu § 2 Z. 1 Abs. 2 der zitierten Wasserleitungsgebührenordnung zur Gänze, als gesetzwidrig aufzuheben.

Der Verfassungsgerichtshof gab mit Erkenntnis vom 30. September 2003, V 68/01-7, dem Antrag keine Folge. In seiner Begründung verwies er auf sein Erkenntnis vom 2. Dezember 2002, V 123/01, in dem er die Ansicht vertreten hatte, es sei – angesichts der zulässigen Durchschnittsbetrachtung – davon auszugehen, dass der Beginn der Wasserversorgung in einem engen zeitlichen Zusammenhang mit dem Baubeginn stehe. Die Anschlussgebühr stehe damit am Beginn eines förmlichen Benützungsverhältnisses und sei somit als Benützungsggebühr (und nicht als Interessentenbeitrag) zu qualifizieren. Für eine Benützungsggebühr bedürfe es jedoch keiner landesgesetzlichen Grundlage; sie könne aufgrund des jeweiligen Finanzgleichgesetzes von der Gemeinde ausgeschrieben werden.

Diese Gedanken – so der Verfassungsgerichtshof in seinem Erkenntnis vom 30. September 2003 weiter – ließen sich ohne weiteres auf den vorliegenden Fall übertragen; dazu komme, dass es bei der angefochtenen Wortfolge nur um die Anschlussgebühr bei Zu- und Umbauten gehe und dass der Wasserbedarf, der mit Zu- und Umbauten verbunden sei, typischerweise aus dem ohnedies vorhandenen Wasseranschluss des Altbestandes gedeckt werden werde. Unter diesen Umständen begegne es auch keinen Bedenken, dass die Gebührenpflicht nicht mit Baubeginn des Objektes, sondern bereits mit Rechtskraft der Baubewilligung entstehe.

Der Verwaltungsgerichtshof hat erwogen:

Nach § 8 der mit Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde W vom 12. Juli 1984 erlassenen Wasserleitungsordnung erhebt die Gemeinde Gebühren für den Anschluss eines Grundstückes an die Gemeindewasserversorgung und für den laufenden Wasserbezug sowie für die Benützung der Wasserzähler. Hinsichtlich Art, Höhe und Fälligkeit der Gebühren wird auf die Wasserleitungsgebührenordnung verwiesen. Die §§ 1 bis 3 der vom Gemeinderat der Gemeinde W mit Beschluss vom 12. Dezember 1986 erlassenen Wasserleitungsgebührenordnung lauten (auszugsweise) wie folgt:

„§ 1

Einteilung der Gebühren

Für den Anschluss eines Grundstückes an die Gemeindewasserleitung und für den laufenden Wasserbezug, sowie für die Benützung von Wasserzählern erhebt die Gemeinde Benützungsgebühren in Form einer Anschlussgebühr, einer laufenden Wassergebühr und einer Zählergebühr.

Im Falle von wesentlichen Erweiterungen der Wasserversorgungsanlage behält sich die Gemeinde das Recht der Vorschreibung einer Erweiterungsgebühr vor.

§ 2

Entstehen der Gebührenpflicht

1. Die Pflicht zur Entrichtung der Anschlussgebühr entsteht mit dem Zeitpunkt des tatsächlichen Anschlusses von Grundstück an die Gemeindewasserleitungsanlage.

Bei Zu- und Umbauten und bei Wiederaufbau von abgetragenen Bauten entsteht die Beitragspflicht mit Rechtskraft der Baubewilligung und nur insoweit, als die neue Bemessungsgrundlage den Umfang der früheren übersteigt.

2. Die Pflicht zur Entrichtung der Erweiterungsgebühr entsteht mit ...

3. Die Pflicht zur Entrichtung der laufenden Wassergebühr und der Zählergebühr entsteht mit dem erstmaligen Wasserbezug.

§ 3

Bemessungsgrundlage und Höhe der Anschluss- und Erweiterungsgebühr

1. Bemessungsgrundlage für die Ermittlung der Anschlussgebühr ist der Kubikmeter umbaute Raum.

2. Die Anschlussgebühr beträgt pro m³ der Bemessungsgrundlage ATS 15,- (zuzüglich 10% Mwst), mindestens jedoch S 10.000,- (zuzüglich 10% Mwst).

3. ...

4. Privatgaragen werden zur Berechnung nicht herangezogen, landwirtschaftliche Wirtschaftsgebäude, wie Ställe, Scheunen, Maschinenräume, Garagen, sowie Holzschuppen, Gartenhäuschen und dgl. ohne jegliche sanitäre Anlagen sind von der Anschlussgebühr befreit.

5. ...“

Der Beschwerdeführer bringt zunächst vor, es sei bisher

weder ein Bescheid über den Anschlusszwang noch ein Bescheid über die Verpflichtung zur Entrichtung einer Anschlussgebühr „aktenkundig geworden“. Daraus leitet er – das Bestehen einer Anschlussverpflichtung wird nicht in Zweifel gezogen – ab, es sei auch eine Bemessungsgrundlage für die Wasseranschlussgebühr bisher nicht festgestanden. Aus diesem Grund könne nur die bisherige Kubatur des Altbestandes als Vergleichswert herangezogen werden.

Dem entgegen hat bereits die belangte Behörde zutreffend darauf verwiesen, dass der Gemeinde W Kosten für die Bereitstellung des Wassers in dem Maße entstehen, in dem in Baulichkeiten Wasserentnahmemöglichkeiten geschaffen werden. Wird daher etwa – wie im Beschwerdefall – durch bauliche Maßnahmen eine Wohnung mit Sanitäreinrichtungen geschaffen, so ist es sachgerecht, dass eine Anschlussgebühr im Umfang dieser baulichen Maßnahmen zu entrichten ist. Auf die Veränderung der (bisher nur teilweise in die Bemessungsgrundlage einbezogenen) Gesamtkubatur des Bauwerks als solches kommt es dabei nicht an.

Der Verwaltungsgerichtshof teilt daher die Ansicht der Abgabenbehörden sowie der belangten Behörde, wonach als Bemessungsgrundlage auf Grund der Wasserleitungsgebührenordnung der mitbeteiligten Gemeinde, die sich nach den Kubikmetern des umbauten Raumes richtet, jener Raum zu verstehen ist, der zu dem bisher angeschlossenen insgesamt hinzukommt und so die Bemessungsgrundlage vergrößert; dies auch dann, wenn eine bescheidmäßige Feststellung der bisherigen Bemessungsgrundlage nicht vorgenommen wurde.

Aus diesen Erwägungen ist auch auf das Vorbringen des Beschwerdeführers, es liege nur ein Ausbau und eine Adaptierung vor, soweit nicht ein Zubau (Erweiterung der Baumasse um 7,56 m³) errichtet worden sei, nicht weiter einzugehen. Es kann dahingestellt bleiben, ob nach der Tiroler Bauordnung ein Umbau erfolgt ist, liegt ein solcher doch nach der hier heranzuziehenden Wasserleitungsgebührenordnung der mitbeteiligten Partei vor (vgl. zur insofern eigenständigen Interpretation das bereits erwähnte Erkenntnis vom 18. Dezember 1992).

Der Beschwerdeführer geht von dem hier zu Grunde gelegten Gedanken im Übrigen – wenn auch in anderem Zusammenhang – selbst aus, wenn er in seiner Beschwerde darauf verweist, dass ein Grundstück im Vergleich zu einem gleich großen Grundstück unterschiedliche Anforderungen an die Trinkwassererschließung stellen könne; es bedürfe – so die Beschwerde weiter zutreffend – „gewiss anderer Querschnitte der Zuleitung, je nach dem, ob ein Einfamilienhaus oder ein Hochhaus darauf errichtet werden soll bzw. kann“.

Soweit der Beschwerdeführer das Entstehen der Beitragspflicht bei Zu- und Umbauten mit Rechtskraft der Baubewilligung für gleichheitswidrig erachtet und dabei darauf verweist, dass die Pflicht zur Entrichtung der Anschlussgebühr erst mit dem Zeitpunkt des tatsächlichen Anschlusses von Grundstück an die Gemeinde- Wasserleitungsanlage entstehe, vermag dem der Verwaltungsgerichtshof im Hinblick auf das erwähnte Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 30. September 2003, V 68/01-7, nicht zu folgen; auf die Begründung dieses Erkenntnisses wird verwiesen.

Soweit schließlich der Beschwerdeführer noch die Ansicht vertritt, es bestehe ein Widerspruch zwischen der Wasserleitungsordnung der Gemeinde W, die nur Gebühren (u. a.) für den Anschluss eines Grundstückes an die Gemeindewasserversorgungsanlage kenne, zur Wasserleitungsgebührenordnung, die „ihre Kompetenz“ überschreite, indem sie „plötzlich nicht nur für den Anschluss eines Grundstückes, sondern auch für Zu- und Umbauten eine Gebührenpflicht“ normiere, so genügt

diesbezüglich der Hinweis darauf, dass es sich bei der Wasserleitungsgebührenordnung um eine im Vergleich zur Wasserleitungsordnung der Gemeinde W später erlassene Verordnung handelt und somit der hier vom Beschwerdeführer gesehene Widerspruch zu Gunsten der Anwendbarkeit der jüngeren Vorschrift zu lösen wäre. Auf die Frage, ob dieser Widerspruch tatsächlich besteht, braucht daher gar nicht eingegangen zu werden. Dass aber die Gemeinde W nicht zur Regelung von Anschlussgebühren durch Erlassung einer Wasserleitungsgebüh-

renordnung berechtigt gewesen wäre, behauptet der Beschwerdeführer nicht und wäre auch nicht erkennbar.

Aus den dargelegten Erwägungen ergibt sich, dass der Beschwerdeführer durch den angefochtenen Bescheid in seinen Rechten weder wegen der geltend gemachten, noch wegen einer vom Verwaltungsgerichtshof aus eigenem aufzugreifenden Rechtswidrigkeit verletzt worden ist.

Die Beschwerde war infolge dessen gemäß § 42 Abs. 1 VwGG als unbegründet abzuweisen.

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR AUGUST 2004**
(vorläufiges Ergebnis)

	Juli 2004 (endgültig)	August 2004 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	108,1	108,6
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	113,7	114,2
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	148,7	149,4
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	231,2	232,3
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	405,8	407,7
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	517,0	519,4
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	518,7	521,1

Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat August 2004 beträgt 108,6 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Juli 2004 (108,1 endgültige Zahl) um 0,5% gestiegen (Juli 2004 gegenüber Juni 2004: -0,1%). Gegenüber August 2003 ergibt sich eine Steigerung um 2,4% (Juli 2004/2003: +2,2%).

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck